

KSZE: Aussenministertreffen (Rom 30.11./1.12.1993) Schweizerische Strategie

Beim bevorstehenden Aussenministertreffen geht es um die Frage, welche Rolle die KSZE in der "europäischen Sicherheitsarchitektur" und bei der Bewältigung von Konflikten in Zukunft spielen soll. Ziel der schweizerischen KSZE-Politik ist es, die KSZE zu stärken. Um dies zu erreichen, ist von den komparativen Vorteilen der KSZE und den bisherigen Erfahrungen auszugehen. Die KSZE ist ein politisches Forum für Konsultationen über alle Fragen der europäischen Sicherheit, in ihr sind alle Teilnehmerstaaten gleichberechtigt, sie deckt den gesamten europäischen, den atlantischen und zentralasiatischen Raum ab, sie geht nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus, der die militärischen, menschen- und minderheitenrechtlichen und wirtschaftlichen Dimensionen miteinschliesst, und sie ist, was ihre Mechanismen betrifft, äusserst flexibel. Diese Vorteile gilt es voll auszunutzen und auszubauen:

Um ihre Funktion als gesamteuropäisches Konsultationsforum, das alle Akteure und Gruppen von Akteuren politisch einbindet, wirkungsvoller wahrzunehmen, muss die KSZE zu dem Ort werden, in dem ein echter Sicherheitsdialog geführt wird. Grundlage dieses Dialoges sollen die verschiedenen bestehenden oder im Bestehen begriffenen Vereinbarungen sein, vor allem der umfassende Verhaltenskodex im Sicherheitsbereich. Die Verhandlungen am Kodex sollen bis zum Budapester Folgetreffen abgeschlossen sein.

Im Bereich der Friedenserhaltung hat die KSZE als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der UNO-Charta entsprechend ihren Möglichkeiten eine Rolle zu spielen, welche diejenige der UNO ergänzt. Sie kann aufgrund ihrer erwähnten Vorteile die politischen Aspekte des Peacekeeping wahrnehmen. Es fehlen ihr die operationellen Fähigkeiten, die aber in anderen Organisationen, in der NATO, im NACC, in der WEU und im Peacekeeping-Mechanismus der GUS vorhanden sind. Hier geht es darum, eine enge Zusammenarbeit mit diesen Organisationen aufzubauen. Ziel dieser Zusammenarbeit muss die Einbindung der operationellen Aspekte unter die politische Verantwortung der KSZE sein.

Im Bereich der Konfliktverhütung sind die eigenen Ansätze weiter auszubauen. Die Stellung und die Mittel des Hochkommissars für nationale Minderheiten sind zu verstärken. Die Mandate der Präventivmissionen können erweitert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Hochkommissar und Präventivmissionen ist zu fördern, um Synergieeffekte zu erzielen. Die Aktivitäten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte sind auf die politischen und operationellen Aktivitäten der KSZE auszurichten. Mit dem Europarat ist die Koordination und die Zusammenarbeit in geeigneter Form zu regeln.

Inbezug auf die konkreten Massnahmen in Jugoslawien muss die rasche Wiederezulassung der KSZE-Langzeitmissionen in Serbien/Montenegro sein. Die KSZE wird eine aktive und umfassende Rolle nach einer allfälligen Regelung der Bosnienfrage zu spielen haben. Beim Peacekeeping auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion kann die KSZE auf einer Fall-zu-Fall-Basis friedenssichernde Aufgaben an GUS-Truppen übertragen, hat aber die Einhaltung internationaler und KSZE-Peacekeeping-Prinzipien wirkungsvoll zu kontrollieren.

- 2 -

Inbezug auf den Ausbau der Institutionen ergeben sich folgende Konsequenzen. Die KSZE-Institutionen sind weiter zu straffen und unter der Leitung des Generalsekretärs in einer einzigen Struktur zusammenzufassen. Die Schweiz unterstützt den weiteren Ausbau der operationellen Fähigkeiten des Sekretariates sowie die Definition einer kohärenten und aktiven Informationspolitik und die Bereitstellung der entsprechenden Instrumente.

Inventar der Maßnahmen zur Stärkung der KSZE

Folgende Maßnahmen sind geeignet, die Stellung der KSZE zu stärken:

- Stärkung der KSZE als gesamteuropäisches Forum, durch Führung eines echten Sicherheitsdialogs auf der Grundlage des umfassenden Verhaltenskodexes im Sicherheitsbereich. Impulse zur Beschleunigung der Verhandlungen im diesem Sinne.
- Kanalisierung von regionalen Maßnahmen zur Vertrauensbildung oder Stabilisierung von Beziehungen (Plan Balladur).
- Entwicklung einer engen Zusammenarbeit mit andern zuständigen Organisationen im Bereich des Peacekeeping. Regelung der offenen Fragen betreffend die Finanzierung von Peacekeeping-Operationen.
- Ausbau der Präventivdiplomatie durch den konsequenten Gebrauch der bestehenden Instrumente (Langzeitmissionen, Moskauer Mechanismus, Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung, der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Gute Dienste, Vermittlungsbemühungen, Erkundungs- und Berichterstattermissionen).
- Einbezug der menschlichen Dimension in den politischen Präventionsprozess. Stärkung des Hochkommissars für nationale Minderheiten. Schaffung von Synergieeffekten durch vermehrte Zusammenarbeit zwischen Hochkommissar und Langzeitmissionen. Förderung der Verbreitung des humanitären Völkerrechts.
- Verbesserung der Koordination und Zusammenarbeit mit dem Europarat und anderen Organisationen, um Aufgaben komplementär wahrzunehmen und potentielle Kompetenzkonflikte zu verhindern. Ausbau regelmäßiger Informations- und Konsultationmechanismen auf allen Stufen.
- Erarbeitung eines substantiellen Programmes für den Dialog und die Zusammenarbeit mit den neuen Teilnehmerstaaten der ehemaligen Sowjetunion inklusive finanzielle Unterstützung dieser Staaten zur Teilnahme an KSZE-Treffen.
- Stärkung des Dialogs mit einigen nichtteilnehmenden Staaten des Mittelmeerraums, die für die KSZE-Region von Bedeutung sind.
- Schaffung effizienter Strukturen der KSZE, um die Teilnehmerstaaten von administrativen und logistischen Aufgaben nach Möglichkeit zu entlasten und die entsprechende Entscheidungsfindung zu erleichtern.
- Zentrale Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit der KSZE (Generalsekretariat), die

frühzeitig, umfassend und gezielt informiert, um die KSZE und ihre Aktivitäten allgemein bekannt zu machen.

- Die Schweiz unterstützt alle Bemühungen, die zum Ziel haben, nukleare Versuche so weit wie möglich einzuschränken oder gänzlich zu unterbinden. Es ist zu prüfen, wie weit die KSZE sich dieser Angelegenheit annehmen kann.